

11. Deutsch-Französischer Dialog, 14. und 15. Mai 2009

Arbeitsgruppe 3: „Europa im Wahljahr 2009 zwischen Elite und Bürger“

Gesa-Stefanie Brincker/ Mariella Falkenhain

Der Verfassungsvertrag und der Vertrag von Lissabon werden vielfach als Fortschritt für die demokratische Legitimation in der Europäischen Union (EU) gelobt. Die Reformverträge schaffen, zwar nicht in textlicher, so doch in institutioneller Hinsicht mehr Transparenz für den europäischen Bürger und versprechen einen Schub für partizipative Demokratie. Gegen den Vertrag von Lissabon wird demgegenüber argumentiert, er führe den bisherigen elitären und bürokratischen Politikmodus fort und verstärke so das Gefälle zwischen Eliten und Bürgern.

In drei Mitgliedstaaten hat die öffentliche Debatte über die Legitimität der beiden Vertragswerke zu einer Ablehnung geführt. Die negativen Ausgänge der Referenden offenbaren die zunehmende Entfremdung der Bevölkerung von den politischen Eliten. Zugleich bedeuten sie das definitive Ende des „permissive consensus“, einer unhinterfragten öffentlichen Unterstützung des „Projekts Europa“.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Arbeitsgruppe mit dem Spannungsverhältnis zwischen Elite und Bürger in der EU beschäftigt. Unter Leitung von Daniel Vernet (Journalist und Autor, Paris) und Mathias Jopp (Institut für Europäische Politik, Berlin) standen drei Fragenkomplexe im Mittelpunkt der Debatte.

- **Legitimation:** Kann das Konzept des Nationalstaats in Bezug auf die Legitimation eines politischen Systems als Modell für die Europäische Union gelten? Wie steht es heute um die demokratische Legitimation der Union? Wird sie durch den Vertrag von Lissabon gestärkt?
- **Euroskeptizismus:** Welche Motive haben euroskeptische Bürger und Eliten? Wo liegen die Gründe für die wachsende Entfremdung zwischen politischer Elite und Bürger? Sind es Defizite in der Kommunikationsstrategie der Eliten, also eine mangelnde Vermittlung konkreter Vorteile der europäischen Integration? Oder handelt es sich um Desinteresse auf Seiten der Bürger?
- **Lösungsansätze:** Welche Strategien verfolgen die europäischen Institutionen, um Europa den Bürgern näher zu bringen? Welchen Beitrag können zivilgesellschaftliche Initiativen leisten?

Vom Nationalstaat lernen – Eine historische Sicht auf Problemfelder europäischer Integration

In seinem einleitenden Vortrag beleuchtete der Historiker Dietmar Hüser (Universität Kassel) das Konzept des Nationalstaats im 19. Jahrhundert und zog Parallelen zu Problemfeldern der europäischen Integration. Besondere Berücksichtigung fand dabei die Frage, inwieweit der europäische Bürger in diese Problemfelder integriert ist.

Hüser hob einleitend hervor, dass das Attraktionspotential eines Staates von großer Relevanz für die historische Analyse des Nationalstaats im 19. Jahrhundert sei. Wahlrecht, nationale Symbole und Repräsentation, nationalstaatliche Transferleistungen (z. B. Sozialleistungen) sowie die Ermöglichung von Wohlstand machten das Attraktionspotential des Nationalstaats im 19. Jahrhundert aus. Sie stärkten und legitimierten den Nationalstaat und führten gleichzeitig zu einer Form von Nationalgefühl. In diesem Sinne habe das Attraktionspotential eines Staates dazu geführt, dass Bürger millionenfach bereit waren, im

Ersten Weltkrieg für ihr Land in den Kampf zu ziehen. Zugleich boten die Nationalstaaten ein hohes Maß an Aggressionspotential. Hüser betonte, dass Aggressions- und Attraktionspotential möglicherweise sogar eng miteinander verknüpft seien. Das Konzept der Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich verdeutliche, dass die Abgrenzung eines Staates gegenüber einem anderen für den Bürger durchaus attraktiv sein konnte.

Wenngleich es schwierig ist, aus diesen historischen Beobachtungen konkrete Rückschlüsse für die Europäische Union zu ziehen, bewertete Hüser eine Übertragung gewisser Elemente als durchaus sinnvoll. In diesem Sinne würden Elemente, die im 19. Jahrhundert den Nationalstaat attraktiv machten, auch ein vertieftes Europa attraktiver gestalten und ihm zu mehr Legitimität verhelfen. So erhöhe beispielsweise das Wahlrecht zum Europäischen Parlament das Attraktionspotential der EU zweifellos. Es könne sich jedoch nur dann voll entfalten, wenn der europäische Bürger die Gewissheit habe, mit seiner Stimme Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können. Diese Gewissheit sei jedoch bei den wenigsten Bürgern vorhanden.. Auch die europäischen Symbole, die zuletzt an Breitenwirkung gewonnen hätten, förderten eine Identifizierung mit Europa. Die Streichung der Symbolik aus dem Vertrag von Lissabon ist in diesem Sinne kritisch zu bewerten.

Multiple Legitimationsgrundlagen der EU

Anja Thomas (Universität zu Köln) widmete sich in ihrem Beitrag der Frage nach der Legitimation der Europäischen Union. Aus einer theoretischen Perspektive zeigte sie verschiedene Theorien der Legitimierung europäischen Regierungshandelns auf und analysierte den Vertrag von Lissabon im Prisma normativer Demokratiekonzepte.

Einleitend stellte Thomas fest, dass die Konzeptionalisierung von Demokratie und Legitimität in der EU eng mit der Frage nach der Natur des politischen Systems der EU verbunden sei. Thomas unterschied vier, in der wissenschaftlichen Debatte diskutierte Konzepte.

1. **Die EU als föderales Wesen:** Die Idee, dass die EU sich zu einem Föderalstaat entwickelt, war in den 1950er Jahren sehr dominant. Noch heute sehen einige Autoren die Europäische Union als ein politisches System mit quasi föderalen Strukturen. Diesem Konzept liegt folgendes normatives Grundprinzip zugrunde: Die Entwicklung demokratischer Institutionen und demokratischer Repräsentation der Bürger ist auch auf europäischer Ebene möglich und notwendig; eventuell bis hin zum Nationalstaat. Thomas unterstrich, dass dieser Grundsatz in der direkten Repräsentation der Bürger im Europäischen Parlament widergespiegelt und durch die Ausweitung der Kompetenzbereiche des Parlaments im Vertrag von Lissabon gestärkt werde.
2. **Die EU als Union der Nationalstaaten:** Vor der Erklärung von Laeken wurde diese Idee von französischer Seite als Gegenmodell zur deutschen Vision einer europäischen Föderation vertreten. Das normative Grundprinzip dieses Ansatzes besagt, dass der Nationalstaat – aufgrund von gemeinsamen Referenzrahmen, politischer Kultur und gemeinsamer Öffentlichkeit – den optimalen Raum für demokratische Meinungsbildungsprozesse und demokratische Kontrolle der gewählten Repräsentanten bildet. Thomas konstatierte, dass das Konzept einer Union der Staaten durch die indirekte Repräsentation der Bürger im Europäischen Rat und im Ministerrat verwirklicht werde. Die ausgeweiteten Kompetenzbereiche beider Institutionen im Vertrag von Lissabon bedeuten in diesem Sinne eine Stärkung des Konzepts.
3. **Die EU als Bürgerunion:** Im Mittelpunkt dieses Konzepts steht der europäische Bürger mit seinen Rechten und Pflichten. Die Ausgestaltung einer substantiellen Unionsbürgerschaft könne, so einige Autoren, die demokratische Legitimation der EU

verstärken und zur Ausbildung einer europäischen Identität beitragen. Das Konzept beruht auf folgendem normativem Grundprinzip: In der EU als Struktur mit multiplen Dimensionen ist Kongruenz von Repräsentanten und Repräsentierten nur schwer möglich; der Bürger muss daher direkt in den Entscheidungsprozess involviert werden.

Thomas betonte, dass dieser Strang im Vertrag von Lissabon etwa durch die Einführung des Bürgerbegehrens oder den Ausbau der Unionsbürgerschaft gestärkt werde.

4. **Die EU als Gebilde sui generis:** Dieses postnationale Modell trägt den Eigenheiten der Europäischen Union Rechnung. Einige Autoren gehen davon aus, die EU sei lediglich eine Art regulativer Arm der Mitgliedstaaten und müsse demnach keine vollwertige Demokratie ausbilden. Das normative Grundprinzip dieses Konzepts besagt, dass konventionelle Demokratiemodelle, die für den Nationalstaat entwickelt wurden, für die Europäische Union nicht zutreffend sind. Für die postnationale Polity müssen neue oder andere Demokratiemaßstäbe gelten.

Thomas erklärte, dass im Vertrag von Lissabon Standards der Inklusion der Zivilgesellschaft fortgeführt und somit postparlamentarische Legitimationsquellen gestärkt würden.

Thomas stellte zusammenfassend fest, dass der Vertrag von Lissabon aufgrund der Übernahme verschiedener Legitimationskanäle als inkohärent kritisiert werde. Komplexität und Mehrdimensionalität der Union sprechen jedoch dafür, die Unionsverträge auf einer Basis multipler Legitimationsgrundlagen zu konzipieren, so Thomas.

Euroskeptizismus – Ein nationalstaatliches Phänomen?

Als allgemeine Definition für Europa-Skeptizismus nannte Elsa Tulmets (Institute for International Relations, Prag) die generelle und vielseitige Kritik an der gesamten europäischen Integration, wie sie sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat. Im Kontext der abgeschlossenen französischen und der folgenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft ging Tulmets in ihrem Beitrag der Frage nach, ob das Phänomen des Euroskeptizismus in diesen beiden Ländern vergleichbar sei. Obwohl es sich um ein „altes“ und ein neueres EU-Mitglied handelt, seien erstaunliche Parallelen zwischen den europakritischen Parteien in beiden Ländern zu erkennen. Am linken Rande des Parteienspektrums vereine insbesondere der „Kampf“ gegen bedrohliche Auswirkungen der Globalisierung, wie gegen den sogenannten Wirtschaftsliberalismus. In Frankreich formulierten zudem die kommunistische Partei, aber auch einige Mitglieder des linken Flügels der Parti Socialiste, in Tschechien die Nachfolgeparteien der Kommunisten ihre Angst vor der Zurückdrängung sozialer Sicherheiten durch die Vertiefung europäischer Kooperation.

Zitat Tulmets: „Wir müssen die Krise nutzen weil die Menschen, die Europa aus Angst entgegenstehen in der Krise gesehen haben, dass Europa schützt.“

Die Parteien des rechten Spektrums wiederum äußerten mehrheitlich Kritik an einer föderalen oder verfassungsrechtlichen Perspektive für die Union. Sowohl in Frankreich (Front National, FN, Chasse Pêche Nature et Tradition, CPNT, Mouvement pour la France, MPF) als auch in Tschechien (z. B. Koruna Česká – Monarchistische Partei Böhmens, Mährens und Schlesiens) forderten Anhänger dieser Parteien den Erhalt der nationalen Souveränität, die sie durch die EU bedroht sehen. Ergänzend sei an dieser Stelle erwähnt, dass tschechische Gegner des Lissaboner Vertrags, dessen endgültige Ratifizierung durch die Unterschrift des europakritischen Präsidenten Vaclav Klaus noch aussteht, zum Teil die Regierungskoalition verlassen haben und gemeinsam mit anderen EU-Gegnern im Zuge des Europawahlkampfes eine eigene Partei gegründet (Partei der Freien Bürger, SSO) oder sich der EU-kritischen Partei LIBERTAS des Iren und Multimillionärs Declan Ganley angeschlossen haben. Letztlich hat jedoch die grundsätzlich pro-europäische Gesinnung der

tschechischen Bevölkerung zu einem schlechten Abschneiden dieser Parteien im Europawahlkampf 2009 geführt.

Mit Bezug zu den großen Regierungsparteien erkannte Tulmets ebenfalls europakritische Tendenzen: So bezeichnete sie Aussagen des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und seines Beraters Henri Guaino, die in Richtung der Schaffung eines „französischen Europas“ zielen, als Tendenz zu europäischem Nationalismus. Die EU-kritische Einstellung des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus wiederum sei spätestens seit seiner Weigerung die Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon zu unterzeichnen – und dies im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes – öffentlichkeitswirksam bekannt geworden.

Interessanterweise sei jedoch die tschechische Bevölkerung auch fünf Jahre nach dem EU-Beitritt mehrheitlich pro-europäisch eingestellt, betonte Tulmets abschließend. EU-skeptische Positionen würden von der politischen Elite Tschechiens vertreten – und dies mit großer Medienaufmerksamkeit. Zudem seien sowohl im tschechischen als auch im europäischen Parlament europakritische Parteien vertreten. Tulmets unterstrich, dass die Verortung der EU-Skeptiker in Frankreich genau gegenläufig sei: Während die französischen Regierungsparteien sowie jene im europäischen Parlament mehrheitlich EU-freundlich gesinnt seien, hätten die französischen Bürger mit der Ablehnung des Verfassungsvertrags im Jahr 2005 ihre EU-kritische Einstellung zum Ausdruck gebracht. Bis heute belegen Umfragen, dass die Mehrheit der französischen Bevölkerung die EU indifferent betrachte oder einer Vertiefung der europäischen Integration, die häufig mit Wirtschaftsliberalisierung gleichgesetzt werde, kritisch gegenüber eingestellt sei.

Zitat Kufer: „Das Phänomen des Euroskeptizismus ist vielschichtig. Es gibt keinen typischen Euroskeptiker oder ein euroskeptisches Land.“

Im Folgenden merkte Astrid Kufer (Universität Stuttgart) in ihrem Standpunkt ergänzend an, dass der Begriff „Euroskeptizismus“ in der politikwissenschaftlichen Debatte vor allem in Bezug auf euroskeptische Parteien angewandt werde. Über euroskeptische Bürger wisse man hingegen nur sehr wenig. Unklar sei, ob euroskeptische Bürger die Ziele der Europäischen Union grundsätzlich nicht teilten oder ob sie lediglich mit der Arbeitsweise der Union unzufrieden seien. Kufer begründete dieses „Unwissen“ in erster Linie mit einem Mangel an Umfragen und Daten zu Einstellungen der Unionsbürger. Eigens durchgeführte Umfragen hätten gezeigt, dass die Meinungen der Bürger zur Europäischen Union und zur europäischen Integration wesentlich differenzierter seien als die Darstellung im medialen Diskurs es vermuten läßt. So ist es laut Kufer falsch, ein Nein zu einem EU-Vertrag prinzipiell als grundlegende Ablehnung der europäischen Integration zu interpretieren. Insgesamt plädierte Kufer für einen vorsichtigen Gebrauch des Begriffs Euroskeptizismus.

Auch Yves Gazzo (Vertretung der Europäischen Kommission Frankreich, Paris) sprach sich in der anschließenden Diskussion zum Thema Euroskeptizismus für eine differenziertere Verwendung des Begriffs Euroskeptizismus aus. Erstens seien die Bürger generell skeptischer gegenüber ihren nationalen Politiken eingestellt als gegenüber europäischer Politik. Zweitens müsse man angesichts einer tiefgründigen Abneigung gegen Politik im Allgemeinen eher von Politikskzeptizismus, als von Euroskeptizismus sprechen. Die Diskutanten der Arbeitsgruppe betonten abschließend, dass die Argumentationslinien einiger euroskeptischer Eliten widersprüchlich seien. So werde einerseits kritisiert, dass die EU ein staatsähnliches Konstrukt sei, welches den Nationalstaat seiner Kompetenzen beraube. Andererseits werde die demokratische Legitimation der EU – im Spiegel nationalstaatlicher Konzepte – als mangelhaft bezeichnet. Mit Rückbezug auf den Beitrag von Anja Thomas wurde hier wiederum die Forderung nach einem modernen Demokratieverständnis für die Europäische Union laut, das sich auf multiple Legitimationsgrundlagen stützt.

Zitat Gazzo: „Die Europäer haben ein größeres Vertrauen in die europäischen Institutionen als in ihre eigenen Institutionen, was ihre Lust auf Europa bestätigt. Neben der Enttäuschung von Erwartungen steht die durchaus vorhandene Attraktivität Europas.“

Die EU in der Kommunikationsfalle?

Die Mehrheit der Arbeitsgruppenteilnehmer war sich einig, dass die Kluft zwischen EU-Elite und den europäischen Bürgern durch das Fehlen echter und gemeinsamer Debatten über europäische Themen sowie die mangelnde Vermittlung konkreter Vorteile der europäischen Integration genährt wird. Es sei zudem nicht verwunderlich, dass die Bürger die Europäische Union in Zeiten der Krise nicht als Schutz empfinden, erklärte Yves Gazzo. So würden Erfolge von Politikern primär als Verdienst nationaler und nicht europäischer Politik dargestellt.

Die Ursachen für die Vorbehalte mancher französischer Bürger gegenüber der EU könnten laut Mathilde Meslet (Universität Strasbourg und Albert-Ludwig-Universität Freiburg) mit echter Transparenz und klaren Vertragstexten gemildert werden. So scheiterte das Referendum zum Verfassungsvertrag in Frankreich nicht zuletzt an der geforderten Entscheidung zu einem unleserlichen, juristischen Vertragstext. Meslet betonte, dass zudem das Vertrauen in die EU mit steigender Inflation, die dem Euro angelastet werde, und dem unzureichenden Verständnis für die persönlichen Vorteile eines Unionsbürgers schwinde. Diese Vorteile könnten nur von jenen erfahren werden, die tatsächlich Reise- und Mobilitätsfreiheit in Anspruch nähmen, so Meslet abschließend.

Als Vorsitzende des Vereins „Visions d'Europe“, der sich zum Ziel gesetzt hat, „möglichst unbürokratisch über Europa zu informieren“ bemängelte Anne Wagenführ (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), dass sie und ihre Kollegen in erster Linie Menschen erreichen, die bereits europainteressiert sind. Sowohl die EU-Eliten als auch Bürgerinitiativen müssten daher Sorge tragen, eine möglichst breite Öffentlichkeit und nicht nur fest pro- oder antieuropäisch eingestellte Menschen für eine Debatte über Europa und die Zukunft der Europäischen Union zu begeistern. Beide Seiten, sowohl die Bürger als auch die EU-Eliten müssten sich dabei an einem gegenseitigen Kommunikationsaustausch beteiligen. Wagenführ forderte in diesem Kontext, dass die EU ihre Kommunikationsstrategie verbessert und ein politisches Engagement der Bürger fördert. Zudem sollten sich Bürger stärker in Vereinen zusammenschließen und möglichst viele, auch EU-ferne Gruppen an ihren Aktivitäten beteiligen. Auslandsaufenthalte, Austauschprogramme und das damit verbundene Erlernen von Fremdsprachen seien der Schlüssel zur Begeisterung für Europa. . Zitat Wagenführ: „Ist die Europäische Union zu weit weg von ihren Bürgern oder sind die Bürger zu weit weg von der EU?“

Diesem Argument schloss sich Kalle Kosthorst (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) in seinem Standpunkt an. Damit die Bürger (von Neuem) die Vorteile begreifen, die das Leben in einem „gemeinsamen europäischen Haus“ zu bieten hat, sollte derartigen Transferprozessen mehr Platz eingeräumt werden.

Eine Möglichkeit junges Wählerpotential und EU-ferne Bürger für europäische Debatten zu begeistern, sah Romy Straßenburg (Freie Journalistin, Paris) im Online-Journalismus sowie in einem echten transnationalen Kommunikationsraum. Auf diese Weise könnten europäische Themen stärker als bislang vermittelt und das „Europa der Eliten“ sogar überwunden werden. Die Vorteile des Online-Journalismus lägen in der einfacheren Übersetzungsmöglichkeit, der breiteren Streuung über zahlreiche Online-Angebote sowie im gegenseitigen Kommunikationsaustausch auf Webplattformen, erklärte Straßenburg. Dabei müsse jedoch ohne Vorbehalte auch jenen, die Europa als Bedrohung empfänden, ausreichend Raum zur Darstellung ihrer Belange geboten werden. Diese EU-Bürger fühlten sich nämlich am stärksten von den Vorteilen der europäischen Integration ausgeschlossen und könnten nur über den Austausch mit pro-europäischen Bürgern (beispielsweise im Rahmen von Internetkommunikationsplattformen) mehr über die Vorteile der Unionsbürgerschaft erfahren. Abschließend forderte Straßenburg eine größere Unterstützung für Online-Journalismus, damit dieser seiner hohen Verantwortung im Sinne der Kommunikation der Vorteile europäischer Integration gerecht werden könne.

Zitat Straßburg: „Journalisten stehen beim Thema Europa zwischen allen Stühlen und wie man es macht, macht man es verkehrt.“

Europa ein Gesicht geben

Yves Gazzo bedauerte in seinem Beitrag das mangelnde Interesse der EU-Bürger an europäischen Themen sowie den Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Dies resultiere in einer zunehmend sinkenden Beteiligung an europäischen Wahlen. Auf der Suche nach direkten Folgewirkungen ihres Votums vermissten die Wähler den Machtkampf zwischen linken und rechten Parteigruppierungen sowie die Entscheidung zwischen politischen Persönlichkeiten wie bei nationalen Wahlen. Da sich die EU-Bürger von den europäischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten und zudem nicht verstehen könnten, welche Zukunft dem europäischen Integrationsprozess bevorstehe, entfernten sie sich zunehmend vom Projekt Europa, erklärte Gazzo. Er bemängelte insbesondere, dass im Schulunterricht nicht genügend über Europa diskutiert werde. So begegneten bereits Schüler dem Kommunikationsdefizit der EU.

Die Erfolge europäischer Zusammenarbeit und die wachsenden Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments seien den Bürgern kaum bekannt, da insbesondere nationale politische Akteure dies nicht ausreichend an ihre Wähler kommunizierten. Gazzo forderte aus diesem Grund, dass die EU-Eliten den europäischen Bürger nicht länger als Bedrohung einer Fortschreibung europäischer Integration verstehen dürften, sondern vielmehr um seine Zustimmung werben sollten. Dies könne gelingen, wenn die EU-Eliten aufrichtiger die Möglichkeiten, aber auch die Einschränkungen europäischer Politik kommunizierten. So sei die Europäische Union beispielweise in Zeiten der Krise nicht in der Lage, Arbeitsplätze zu sichern. Je ehrlicher den Bürgern die Kompetenzen der Union kommuniziert würden, desto mehr Unterstützung und Interesse könne das Projekt Europa erhalten.

Eine stärkere Personalisierung europäischer Politik forderte ebenfalls Nikolaus Marsch (Institut für europäische Rechtswissenschaft, Osnabrück und ENA, Straßburg/Paris) in seinem Standpunkt. Er zeichnete die Zukunftsvision eines Europawahlkampfes, der – geprägt von medialer Aufmerksamkeit – auf großes Interesse bei den Wählern stößt: ein direktes „Duell“ zwischen zwei Kandidaten der beiden größten Fraktionen im Europäischen Parlament (EVP und SPE) um den Posten des Kommissionspräsidenten. Als Beleg für die Möglichkeit, bereits vor in Kraft treten dieser Regelung im Lissabon Vertrag, das Wahlergebnis bei der Benennung und Wahl des Kommissionspräsidenten zu berücksichtigen, nannte Marsch die französische Verfassung. Dort werde demokratische Legitimation in erster Linie über die „immense politische Macht des französischen Präsidenten“ erlangt, welche jedoch nicht im Verfassungsrecht festgelegt sei, sondern sich vielmehr aus der Verfassungswirklichkeit ergebe. Folglich bedauerte Marsch, dass es der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament im Europawahljahr 2009 nicht gelungen ist, einen adäquaten Gegenkandidaten zum derzeit amtierenden, der konservativen Mehrheit angehörenden Kommissionspräsidenten Barroso zu benennen.

Die Zivilgesellschaft einbeziehen – Konzepte und Initiativen

Bernhard Schneider (Initiative Europa eine Seele geben, Berlin) stellte in seinem Beitrag Ideen und Ziele der zivilgesellschaftlichen Initiative „Europa eine Seele geben“ vor und beleuchtete ihre ersten Erfolge. Ausgehend von der Annahme, dass eine emotionale Lücke zwischen den europäischen Institutionen und der Bevölkerung besteht wurde die Initiative 2002 in Berlin gegründet. Ziel der Initiatoren ist es, ein Europa der Europäer zu schaffen, das über das Europa der Regierungen, Institutionen und Verordnungen hinausgeht. Außerdem soll die kulturelle Dimension der europäischen Entwicklung gestärkt werden, ohne dabei in einem Selbstgespräch des Kultursektors zu verharren. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung

einer kulturellen Komponente über den Kultursektor hinaus – vom Sozialen bis zur Außenpolitik.

Mit dem Ziel, konkreten Einfluss zu nehmen, hat die Initiative neuartige Kooperationsformen zwischen Politik und Zivilgesellschaft entwickelt und methodisch-operative Instrumente geschaffen, erklärte Schneider. Die Initiative wird von einem parlamentarischen Lenkungsausschuss, dem Steering Committee, sowie einer Intergroup im Europäischen Parlament unterstützt. Beide nehmen eine Mittlerstellung zwischen der Arbeit der privaten Initiative und der politischen Entscheidungsebene ein und tragen dazu bei, von der Initiative erarbeitete Ergebnisse in politische Praxis umzusetzen.

Als einen konkreten Erfolg der Initiative wertete Schneider die Mitteilung der Europäischen Kommission „über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ vom Mai 2007. Die Agenda mache deutlich, dass Kultur zum Kern aller Politikbereiche gehört und von allen Ressorts berücksichtigt werden muss. Zudem hat das Europäische Parlament im April 2009 einen Beschluss gefasst, dessen Inhalt zu großen Teilen dem Leitfaden der Initiative über die „Mobilisierung der Kultur zur regionalen Entwicklung“ gleicht, so Schneider abschließend.

Senebb-Sussan Bussar und Petra Knauf (Gesandte der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009, Bonn und Weissach) stellten mit den Europäischen Bürgerkonferenzen, die 2009 bereits zum zweiten Mal stattfanden, eine weitere Initiative vor, in deren Rahmen zufällig ausgewählten Bürger aus allen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben werden sollte, Europa aktiv mitzugestalten. „Wie kann die EU unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft in einer globalisierten Welt gestalten?“ So lautete die zentrale Fragestellung, auf die im Rahmen von nationalen Konferenzen Antworten gesucht wurden. Bussar und Knauf berichteten, dass ein „Sorgencluster“ und zehn Empfehlungen erarbeitet und diese dann mit politischen Entscheidungsträgern diskutiert wurden. Die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Europäischen Union wurde jedoch auch grenzüberschreitend erörtert. So nahmen 150 Teilnehmer der 27 nationalen Konferenzen, unter ihnen Bussar und Knauf, im Mai 2009 am Europäischen Bürgergipfel in Brüssel teil. Wiederum wurde ein Paket europäischer Empfehlungen ausgearbeitet und mit europäischen politischen Entscheidungsträgern diskutiert. An erster Stelle forderten die Bürger von der EU verstärkte Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Energiepolitik. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Forderungen nach einem gemeinsamen Gesundheits- und Pflegesystem sowie einer europaweiten Angleichung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsrecht. Die Bilanz der beiden Teilnehmerinnen fiel zwiespältig aus: So seien sie einerseits für die Sorgen anderer Nationen sensibilisiert worden. Knauf unterstrich zudem, sie habe durch die Teilnahme an den Konferenzen ein anderes, viel konkreteres Bild von Europa bekommen. Bussar hingegen zweifelte an der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgergipfels. Das zentrale und schwerwiegende Problem der EU sei, dass die realen Sorgen der Bürger weder verstanden noch ernst genommen würden.

Zitat Bussar: „Die Zivilgesellschaft ist durchaus interessiert und nicht gleichgültig gegenüber Europa, aber sie ist enttäuscht.“

Fazit: Die EU im Wahljahr 2009 zwischen Elite und Bürger

Mit Blick auf die angeregten Diskussionen in der Arbeitsgruppe 3 können zusammenfassend folgende Diskrepanzen aufgezeigt werden, die es zu überwinden gilt, damit sich die Entfremdung von politischer EU-Elite und europäischen Bürgern nicht weiter verschärft:

1. Das Europawahljahr 2009 zeigt, dass es weder rein EU-freundliche Eliten noch rein europaskeptische Bürger gibt. Vielmehr finden sich Anhänger beider Strömungen in beiden Gesellschaftsgruppen. Zudem ist der Begriff der Elite nur schwer fassbar, da es sich um die politische oder die EU-interessierte Elite handeln kann. Wie das Beispiel Euroskeptizismus

zeigt, ist die einfache Gegenüberstellung von EU-Elite und europäischen Bürgern in Einzelfällen zu hinterfragen.

2. Die Notwendigkeit gemeinsamen europäischen Handelns wird im Allgemeinen von den Bürgern, wie Umfragen belegen, anerkannt. Zugleich macht sich jedoch ein Rückzug der Regierungen auf nationale Handlungsmuster und Lösungsversuche in Zeiten der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar. Erst wenn die politische Elite in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bürger stärker zu berücksichtigen oder deren Missachtung aus mangelnden Kompetenzgründen auf Seiten der EU zu erklären, kann das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union steigen.

3. Dennoch steht ein wachsendes Desinteresse der Bürger an der europäischen Integration im Allgemeinen und dem Europäischen Parlament im Speziellen, das mit der stetig sinkenden Wahlbeteiligung ihren Ausdruck findet, wachsenden Einflussmöglichkeiten der Europaparlamentarier im europäischen Entscheidungsprozedere gegenüber. In diesem Kontext sollten folglich die Kompetenzen des Europäischen Parlaments den Bürgern deutlicher gemacht sowie die Folgen ihrer Wahlentscheidung bewusst gemacht werden.

4. Der Wunsch nach einer stärker ausgeprägten europäischen Identität wird paradoxerweise durch die Streichung der europäischen Symbole (Fahne, Hymne etc.) aus dem europäischen Vertragswerk konterkariert. Gerade hier könnte jedoch ein Attraktionspotential der EU liegen, das es auszunutzen gilt.